



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

C. Vanoli Generalunternehmung AG



Entwickeln
Planen
Realisieren
Garantieren

C. Vanoli Generalunternehmung AG • Artherstrasse 27 • CH-6405 Immensee
Telefon 041 854 60 90 • Telefax 041 854 60 99 • gu@c-vanoli.ch • www.c-vanoli.ch

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
CONVISA AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzer Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth-Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druckl media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–8

Aktuell

Firmen wickeln Behördengänge vermehrt
online ab 9

Themen

Freizügigkeit an Höheren Fachschulen stärkt
die Berufsbildung 10

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der
Schweiz: Welche Gruppen sind besonders
betroffen? 11–12

Strategien des Bundes: eine Sucht? 13

Index 14

Kommentar

NFA mit zwei Ausprägungen 15

Baukosten und Regulierungen in der Schweiz



Elio Vanoli
C. Vanoli AG, Bauunternehmung

Mexiko-City im Februar dieses Jahres: Ich sitze im Garten eines befreundeten mexikanischen Juristen und staune nicht schlecht, als dieser mir eröffnet, dass er den Anbau seines Wohnhauses (zwei Wohnungen über drei Etagen) ohne Architekten oder weiteren Fachspezialisten abgewickelt hat. Die Bauleitung hat er, zusammen mit einem Vorarbeiter, selber übernommen. Das Resultat lässt sich, zumindest oberflächlich betrachtet, durchaus sehen. Meine weiteren Abklärungen haben ergeben, dass die Hürden für eine Baueingabe in Mexiko tatsächlich nicht mit unseren Verhältnissen zu vergleichen sind. Das Verfahren kann problemlos auch von einem Laien absolviert werden.

Zurück in der Schweiz erwartet mich wieder das gewohnte Bild. Für die Eingabe eines grossen Bauprojekts darf ich von Hand die 7-fach ausgefertigten Planunterlagen mitunterzeichnen, was zu rund 100 Unterschriften führt. Dies ist notabene noch das kleinste Hindernis

des umfangreichen Baueingabeverfahrens. Frau Bundesrätin Leuthard hat bereits vor acht Jahren zu Protokoll gegeben, dass die oft langwierigen Bewilligungsverfahren und das Dickicht von komplizierten Bauvorschriften von einem unnötigen Perfektionismus zeugten. Daher verwundert es nicht, dass die hohen Regulierungskosten und Aufwände bei Bauprojekten seit langer Zeit regelmässig in der Kritik stehen. In diesem Zusammenhang wurden auch zahlreiche Massnahmen auf Bundes- und Kantonebene umgesetzt, welche eine Steigerung der Effizienz zum Ziel hatten. Als direkt Betroffener entsteht jedoch der Eindruck, dass in dieser Thematik nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht. Dies wird durch eine unlängst publizierte Studie des Beratungsunternehmens Arcadis, welche die Baukosten von 43 Ländern vergleicht, bestätigt. Die Schweiz belegt den wenig schmeichelhaften ersten Platz. Das stimmt doch sehr nachdenklich, wobei das allgemein hohe Lohn- und Preisniveau in unserem Land eine wesentliche Rolle spielen dürfte. Interessant erscheinen daher die 13 Handlungsempfehlungen einer vom Seco in Auftrag gegebenen Studie zur Effizienz von Planungs- und Bauverfahren sowie damit einhergehenden Rechtsmitteln. Diese zeigen auf, wo der Hebel angesetzt werden müsste. Es wird jedoch auch klar vor Augen geführt, dass es zu kurz greifen würde, nur die öffentliche Hand für die Ineffizienzen und langen Bauverfahren verantwortlich zu machen. Auch die Bauherren können durch eine seriöse und professionelle Planung, proaktives Handeln und durch eine offene Informationspolitik zu wesentlichen Prozessoptimierungen beitragen.

«Mexikanische Verhältnisse» bei Bauverfahren sind definitiv nicht erstrebenswert. Mit tiefgreifenden Strukturänderungen könnte jedoch das schweizerische Baukostenniveau markant gesenkt werden. Der Leidensdruck für diesen Schritt scheint erstaunlicherweise immer noch nicht genügend hoch zu sein.

Mit den besten Grüssen
aus Immensee
Elio Vanoli

Mitglied der Geschäftsleitung
C. Vanoli AG, Bauunternehmung

Möbelfabrik Schuler in Konkurs

Die über 100-jährige Möbelfabrik Karl Schuler AG ist zahlungsunfähig geworden und muss die Tore schliessen. Am 5. August ist über das Familienunternehmen der Konkurs eröffnet worden. Schuld daran ist laut Geschäftsführer Matthias Schuler die Frankenstärke. Das Unternehmen, das seine Produkte dem Fachhandel und Möbelhäusern in der Schweiz verkaufte, sei gegenüber den um 20 Prozent billiger gewordenen Importmöbel-Anbietern aus dem Euro-Raum nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Seit der Freigabe des Frankenkurses durch die Nationalbank im Januar ist der Auftragseingang weggebrochen. Durch den Konkurs verlieren 48 vorwiegend langjährige Mitarbeitende ihre Stelle. Das Unternehmen ist finanziell nicht in der Lage, einen Sozialplan anzubieten. Das wirtschaftliche Umfeld hatte sich erstmals im Sommer 2011 dramatisch verändert, als die Nationalbank den Mindestkurs zum Euro nachfolgend auf Fr. 1.20 festgelegt hatte. Wenige Monate zuvor hatte die Karl Schuler AG nochmals kräftig investiert und den Einsiedler Konkurrenten Zehnder AG übernommen. Damals war beabsichtigt, die kritische Grösse für einen rentablen Betrieb zu erhalten. Die Mitarbeiterzahl wurde damals um rund zwei Dutzend auf einen Gesamtbestand von rund 100 Angestellten erhöht. Schon bei der ersten Intervention der Nationalbank habe sukzessive ein Personalabbau vorgenommen werden müssen. Was mit dem Firmengelände und den umfassenden Nutzflächen geschieht, ist noch offen.

Schwyzer Wirtschaft im Vorwärtsgang

Der Kanton Schwyz war bisher in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem als Steueroase bekannt. Andererseits ist er ein Kanton der Pendler, die ihre Arbeitsplätze in den Agglomerationen Zürich, Luzern und Zug aufsuchen. Die neuesten Zahlen aus dem Bundesamt für Statistik deuten nun auf eine Trendwende hin. Die Zahl der Arbeitsstätten legte von 2012 auf 2013 um 2,3 Prozent zu, die Zahl der Beschäftigten um 1,4 Prozent, umgerechnet auf Vollzeitjobs entspricht dies einem Plus von 1,3 Prozent. Besonders erfreulich ist dabei, dass sämtliche Werte für den Kanton Schwyz über dem schweizerischen Mittel liegen: Bei den Arbeitsstätten resultiert ein Plus von 1,6 Prozent, bei den Beschäftigten eines um 1,2 Prozent und bei den Vollzeitäquivalenten (auf 100-Prozent-Stellen umgerechnet) ein Zuwachs um 1,1 Prozent. Damit liegt das Arbeitsplatzwachstum im Kanton Schwyz auch über der Schwyzer Bevölke-

rungsentwicklung (1,1 Prozent). Das heisst faktisch, dass im Kanton Schwyz mehr Leute als auch schon von aussen zupendeln. Von der Entwicklung kann nicht nur der äussere, sondern nun auch der innere Kantonsteil profitieren. «Die Anstrengungen des Kantons Schwyz im Bereich Arbeitsplatzbeschaffung zeigen mehr und mehr die gewünschten positiven Resultate», freut sich Urs Durrer, Leiter Amt für Wirtschaft beim Schwyzer Volkswirtschaftsdepartement.

Regierung empfiehlt Austritt aus der HSR

Der Regierungsrat empfiehlt dem Kantonsrat, aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil (HSR) auszutreten. Hauptgrund ist der Spardruck, der auf der Staatskasse lastet. Der Kanton könnte so 1,7 Mio. Franken einsparen. Die Regierung begründet dies damit, dass mit dem Ausscheiden aus dem Konkordat keine Nachteile für Schwyzer Studenten an der HSR verbunden seien. Der Beitrag, den die Kantone zu leisten haben, ist direkt von der Anzahl der Studierenden abhängig. Bei gegenwärtig 113 Studenten wäre für Schwyz ein Beitrag von 1,9 Mio. Franken fällig. Dieser ist unbestritten. Zudem verweist der Regierungsrat darauf, dass Schwyz immer noch Mitträger der Fachhochschule Zentralschweiz in Luzern ist. Der Antrag auf Ausstieg stösst jedoch vor allem in Ausserschwyz auf Kritik. Dort wird der Verlust einer hervorragenden Ausbildungsstätte für qualifizierte Fachkräfte in unmittelbarer Nähe, der Wegfall einer engen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung und die Minderung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes befürchtet. Die HSR unterrichtet 1500 Studenten in den Studiengängen Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, erneuerbare Energien und Umwelttechnik, Informatik, Landschaftsarchitektur, Maschinentechnik-/Innovation, Raumplanung, Wirtschaftsingenieurwesen sowie Master of Science in Engineering.

Weber Stahl baut in Galgenen

Die Seewener Firma Arthur Weber AG plant auf über 5000 Quadratmetern einen Neubau in Galgenen. Die meisten Geschäftsbereiche, die noch in der Zweigfirma in Lachen untergebracht sind, werden dorthin umziehen. Ursprünglich war beabsichtigt, den bestehenden Firmensitz in Seewen zu erweitern, um dort dem grösser gewordenen Platzbedarf entsprechen zu können. Für 18 Millionen Franken sollte das Gebäude um 80000 Kubikmeter erweitert werden. Nun kommt es vorderhand zu einem Planungsunterbruch, denn

zunächst will Weber Stahl das Bauvorhaben in Galgenen realisieren. Mit dem Neubau in Galgenen soll 2016 gestartet werden. Geplant sind ein zweigeschossiger Bau und eine eingeschossige Halle. Im grösseren Gebäude werden ein Fachgeschäft für Werkzeug und Eisenwaren, ein Abholshop für Haustechnik sowie eine Fachstelle für Sicherheits- und Schliesstechnik eingerichtet. Die Halle wird als Lager genutzt. Grund für den Neubau sind die Kapazitätsengpässe, sagt Kuno Reichmuth, stellvertretender Geschäftsführer der Arthur Weber AG in Seewen. «Mit dem Neubau haben wir künftig wieder mehr Platz und könnten auch weiter ausbauen.»

181 Schwyzer Millionen für NFA

Der kleine Kanton Schwyz als Milchkuh der Schweiz: Gleich 181 Mio. Franken muss er nächstes Jahr in den nationalen Finanzausgleich zahlen. Das sind nochmals gut 14 Mio. Franken mehr als dieses Jahr. So das Verdikt der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Insgesamt zahlen die Geberkantone nun 1,6 Milliarden an die ressourcenschwachen Kantone. Das Problem: Es sind nur noch sieben Kantone übrig, die einzahlen, Basel-Landschaft und Schaffhausen gehören nun neu zu den Nehmern. Ihre Zahlungen müssen jetzt die verbliebenen Geberkantone übernehmen. Diese 181 Mio. Franken stammen vornehmlich aus der Höfe. Die Höfe ist auch dafür verantwortlich, dass der Kanton Schwyz überhaupt in den NFA einzahlen muss. «Ohne die Höfe wären wir ein Nehmerkanton», sagt Finanzdirektor Kaspar Michel. «Mit dieser Entwicklung auf sieben Geberkantone zeigt sich die Problematik, auf welche der Kanton Schwyz seit Jahren aufmerksam macht: Das Fehlen von neutralen dritten Kantonen führt zu einem immer grösseren Ungleichgewicht zwischen Geber- und Nehmerkantonen», so Kaspar Michel in einem Gespräch mit dem Boten der Urschweiz. Die Entwicklung der Einkommen im Kanton Schwyz führt insgesamt zu einer Zunahme von 4,7 auf neu 170,6 Ressourcenindexpunkte. 100 entsprechen dem schweizerischen Durchschnitt. Bei drei Geberkantonen nimmt der Ressourcenindex ab. Diese Kantone zahlen weniger in den Ausgleichstopf. Der Kanton Schwyz fordert deshalb stabilere und berechenbarere Beitragsquoten.

Reiche sollen dem Kanton helfen

Die reichen Ausserschwyzer Gemeinden sollen ab 2016 drei Jahre lang 18 Mio. Franken mehr in den

Finanzausgleich zahlen und so den Kanton entlasten. Dies setzt eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes voraus, die vom Kantonsrat genehmigt werden muss; jener wird das Geschäft im September oder Oktober behandeln, sodass die befristete Neuregelung am 1. Januar 2016 in Kraft treten kann. Der Abschöpfungsbeitrag aus dem Finanzausgleich soll ab 2016 bis 2018 von bisher 21 auf neu 39 Mio. Franken angehoben werden. Diese zusätzliche Abschöpfung von 18 Mio. Franken erlaubt es, dass den finanzschwachen Gemeinden 7 Mio. Franken mehr zur Verfügung stehen. Andererseits wird der Kanton im Bereich des Normaufwandausgleichs um 11 Mio. Franken entlastet, weil nicht mehr der Kanton, sondern neu die finanzstarken Gemeinden für diese 11 Mio. Franken aufkommen. Dadurch tragen die reichen Gemeinden dazu bei, dass der Kanton seinen angeschlagenen Finanzhaushalt entlasten kann. Die Staatsrechnung 2014 wies ein Rekorddefizit von 211 Mio. Franken aus. Betroffen von der geplanten Mehrbelastung sind in erster Linie Wollerau, Freienbach und Feusisberg. Als Entgegenkommen will der Regierungsrat die kantonalen Steuertarife, die Tarife der Dividendenbesteuerung und Gewinnsteuer von juristischen Personen überprüfen. Sollten diese Massnahmen zu einer wirksamen Entlastung im Kantonshaushalt führen, könnte auf die höhere Abschöpfung im Jahr 2018 verzichtet werden.

Nur neun Schulabgänger haben keine Lösung gefunden

Noch nie haben so viele Schulabgänger wie dieses Jahr eine Anschlusslösung gefunden. 1606 Schülerinnen und Schüler schlossen Anfang Juli im Kanton Schwyz die obligatorische Volksschule ab, 1594 haben eine Anschlusslösung. «Wir wollen nicht, dass die Schulabgänger zu Hause rumsitzen. Unser Ziel ist, alle zu einem Abschluss auf Sekundarstufe II zu bringen. Seit Februar wurden diejenigen, die noch keine Anschlusslösung hatten, von den Berufsberatern intensiv betreut», erklärte Hans Peter Landert, Teamleiter Berufs- und Studienberatung Pfäffikon, gegenüber dem Höfner Volksblatt. Der Lehrstellenmarkt habe sich zugunsten der Jugendlichen gewendet. Es herrsche ein Lernendenmangel. Seit einigen Jahren habe es mehr freie Lehrstellen als Interessenten. Dies führe dazu, dass einzelne Lehrmeister eher bereit seien, die zweijährige Attest-Ausbildung (EBA) anzubieten, wenn sie ihre Lehrstellen für die drei- oder vierjährigen Grundbildungen (EFZ) nicht besetzen könnten. 953 Jugendli-

che (59,3 Prozent) begannen im August eine berufliche Grundausbildung. Die beliebtesten Berufe sind Kaufmann, Detailhandelsfachmann, Fachfrau Gesundheit, Elektroinstallateur, Schreiner und Zeichner. Insgesamt 182 Jugendliche (11,3 Prozent) haben sich für ein Brückenangebot oder eine Zwischenlösung wie Praktikum, Sprachaufenthalt, Sozialjahr oder kantonales Brückenangebot entschieden. 459 (28,6 Prozent) besuchen eine weiterführende Schule, also ein Gymnasium oder eine Fachmittelschule. Drei Schulabgänger treten eine Arbeitsstelle ohne Ausbildungsabsichten an, neun haben noch keine definitive Anschlusslösung gefunden.

2014 weniger Arbeitsplätze realisiert

Das Wachstum an neuen Arbeitsplätzen ist zwar immer noch positiv, aber auch im vergangenen Jahr wurden wieder weniger neue Arbeitsplätze geschaffen. Das zeigt eine Umfrage des Boten der Urschweiz bei den grössten Arbeitgebern im Kanton. Demnach hat sich die Schwyzer Wirtschaft etwas abgekühlt. Konnte 2012 noch eine Zunahme von 738 neuen Stellen gegenüber dem Vorjahr registriert werden, musste 2013 (+506 Stellen) und 2014 (+432) zweimal in Folge ein Rückgang vermeldet werden. Grösster Arbeitgeber bleibt der Kanton mit 1523 Arbeitsplätzen. Was auffällt: Die kantonale Verwaltung ist nicht etwa gewachsen, sondern gegenüber dem Vorjahr um neun Angestellte geschrumpft. In der diesjährigen «Bote»-Wirtschaftsbeilage sprechen zudem Schwyzer Unternehmer zum Geschäftsgang ihrer Firma. Ebenso sind der Fachkräftemangel und die Herausforderungen des heimischen Gewerbes ein Thema.

Keine Immobilienblase im Kanton Schwyz

Gemäss Erhebungen der Grossbank UBS ist der Immobilienmarkt in der Region March und im inneren Kantonsteil überhitzt. Experten der Schwyzer Kantonalbank, welche in unserem Kanton die Marktleaderin ist, geben jedoch Entwarnung. Zwar werde der Einfamilienhaus-Markt von Nachfrage und Angebot dominiert, wobei in den letzten Jahren das Angebot gesunken und die Nachfrage gestiegen sei, was Auswirkungen auf die Preise habe, sagt Marc Misteli von der SZKB. Er stellt aber keine Blasenbildung fest. Immobilien würden als sichere Anlagen eingeschätzt, obwohl es in der Vergangenheit immer wieder zu Wertkorrekturen gekommen sei. Eine allfällige Überhitzung dämpft die SZKB mit ihren eigenen Massnah-

men. Belehenswert und Tragbarkeit würden genau geprüft. Damit habe die Bank in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht, sagte Misteli im Gespräch mit dem March Anzeiger Anfang August.

Mehr Firmen, weniger Steuererträge

Der Kanton Schwyz belegt im Belastungsvergleich bei der Gewinnsteuer gegenwärtig den zweiten Rang hinter Luzern. In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage weist die Regierung darauf hin, dass insbesondere ab 2010 sinkende Steuererträge zu verzeichnen sind. Als Hauptursache nennt sie die starke Entlastung der juristischen Personen durch die Steuergesetzrevision 2010. Der Gewinnsteuersatz wurde damals von 4 auf 2,25 Prozent gesenkt. Zudem gewährte man die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer. Derzeit kennen neben Schwyz noch elf weitere Kantone diese Anrechnungsmöglichkeit. Weiter hält der Regierungsrat fest, dass die starke Entlastung zu einer Zunahme der im Kanton Schwyz ansässigen Firmen sowie des steuerbaren Gewinns und Kapitals geführt hat. Gleichzeitig nahmen die Steuererträge ab. Von einer allfälligen Rücknahme der getroffenen Steuerentlastungen will die Regierung absehen, da dies zu einem Vertrauensverlust in der Berechenbarkeit der schwyzerischen Unternehmenssteuerepolitik führen könnte. Die Themen würden im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III behandelt.

Lehrling wird Geschäftsleiter

Adecco Switzerland wählte Sandro Abegg zum «CEO For One Month». Der KV-Lehrling bei Victorinox konnte im Juli hautnah miterleben, was es bedeutet, Länderchef von Adecco Switzerland zu sein. Er konnte Amtsinhaber Michael Agoras auf Schritt und Tritt begleiten, sei es zu Sitzungen oder zu Kundenbesuchen. Der 19 Jahre alte Abegg hat sich in einem Selektionsprozess zuerst gegen 300 Mitbewerbende für das Finale qualifiziert. Anschliessend wurde er in einer intensiven Endrunde mit vier Kandidaten von der gesamten Geschäftsleitung von Adecco Switzerland nochmals auf Herz und Nieren geprüft. Vor Kurzem hat der Schwyzer erfolgreich seine KV-Lehre mit Berufsmatur abgeschlossen.

BZ Bank ist auf Kurs

Die BZ Bank mit Sitz in Wilen erzielte in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres einen Reingewinn von 12,8 Mio. Franken (Vorjahr: 8,7

Mio. Franken). Der Hauptbeitrag zum Erfolg lieferte wiederum das Kommissionsgeschäft mit 13,4 Mio. Franken, während der Handelserfolg 5,8 Mio. Franken ausmachte, wie die Bank in einer Mitteilung schreibt. Die Mitarbeiter würden aufgrund des sehr guten Ergebnisses und des 30-jährigen Bestehens der Bank eine Sonderentschädigung erhalten. Deshalb sei der Personalaufwand in der Berichtsperiode um 1 Mio. Franken höher ausgefallen als im ersten Halbjahr 2014.

Etzelwerk wirtschaftete erfolgreich

Im Geschäftsjahr 2014 erzeugte das Etzelwerk 257 000 Megawattstunden Bahnstrom – knapp 120 000 im Winter und 138 000 im Sommerhalbjahr. Dieser Wert liegt 0,1 Prozent über dem zehnjährigen Mittel. 33 400 MWh bezog der Sihlseebetreiber zum Betrieb der Speicherpumpen, was einem Rückgang um einen Drittel gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Pumpeneinsatz hängt stark von den Marktbedingungen ab und wankt stark, da die Betreiberin – die SBB – den Pumpeneinsatz über mehrere Werke optimiert. Die Energieerzeugung aus gepumptem Wasser betrug 21 000 MWh. Dem Kanton Schwyz und den Bezirken Höfe und Einsiedeln wurden 29 000 MWh als Gratisenergie geliefert. Im Sommerhalbjahr betrug der natürliche Zufluss über die Bäche 107 Prozent des langjährigen Mittels, im Winter 99,8 Prozent. Aus der Stromproduktion ergab sich ein Verkaufserlös von 14,8 Mio. Franken. Unter dem Strich blieb ein Betriebsergebnis von 500 000 Franken. Zusammen mit betriebsfremden Erträgen ergab sich ein Jahresgewinn von 1,05 Mio. Franken. Eine Million wird als fünfprozentige Dividende ausbezahlt.

Bank Linth einigt sich mit US-Justizbehörden

Die Bank Linth hat sich im Steuerstreit mit den USA geeinigt. Sie zahlt eine Busse von 4,15 Mio. Dollar (3,8 Mio. Franken). Die Bank hat 126 Konten mit US-Bezug gehabt. Auf diesen Konten lag ein Vermögen von insgesamt 102 Mio. Dollar. Die Bank Linth gehört der so genannten Kategorie 2 des Programms an, welches die US-Behörden zur Beilegung des Streits um unverteuertes Vermögen von Amerikanern auf Schweizer Bankkonten aufgelegt haben. Diese Kategorie ist für Banken bestimmt, welche mutmassliche US-Steuersünder in ihrem Kundenkreis hatten. Aus dieser Kategorie haben sich bisher 13 Banken mit den US-Behörden geeinigt.

Oerlikon schliesst Joint-Venture

Der Technologiekonzern Oerlikon hat einen Kooperationsvertrag mit dem chinesischen Unternehmen Huitong Chemical Engineering Technique unterzeichnet. Die beiden Unternehmen wollen in der Kunstfaserbranche enger zusammenarbeiten.

17 Stipendien gutgeheissen

Der Bildungsfonds des KV Schwyz (bf Schwyz) kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. 2014 wurden vom Stiftungsrat insgesamt 17 Stipendien-Anträge gutgeheissen. In den Genuss der Stipendien kommen Antragsteller, die gewillt sind, eine kaufmännisch-betriebliche Grundaus- oder Weiterbildung zu absolvieren, ohne dabei über die notwendigen finanziellen Mittel zu verfügen. Höhepunkt ist der Anerkennungspreis «Die Besten»: An der Diplomfeier wurden jene Schulabgänger mit einem Geldbetrag und einem Präsent ausgezeichnet, welche die KV-Grundausbildung am erfolgreichsten abgeschlossen haben. Zudem ist es dem bf Schwyz möglich, ein Ausland-Praktikum anzubieten.

Schwyz beim BIP in der hinteren Ranghälfte

Das Bundesamt für Statistik (BfS) hat das Bruttoinlandprodukt (BIP) neu berechnet und die Entwicklung von 1991 bis 2013 frisch analysiert. Für Schwyz sehen die Zahlen über diesen grossen Zeitraum nicht gut aus. Der Kanton Schwyz kam auf ein Bruttoinlandprodukt von 57 754 Franken pro Einwohner. Das ist das viertschlechteste Resultat aller Kantone. Die Nachbarkantone lagen höher, vor allem Zürich (95 974 Fr.) und Zug (150 255 Fr.). Auch das BIP-Wachstum ist im Kanton Schwyz bescheiden. Während die Waadt an der Spitze liegt und von 2008 bis 2012 ein Wachstum jährlich durchschnittlich von 0,15 Prozent erreicht hat, schaffte Schwyz nicht einmal 0,01 Prozent. Nur acht Kantone waren noch weniger erfolgreich. Schwyz steuert ans nationale BIP 1,4 Prozent bei einem Anteil von 1,8 Prozent an der nationalen Wohnbevölkerung. Schwyz mangelt es an wertschöpfungsstarken Unternehmen. Hinzu kommt, dass laufend Bruttoinlandsleistung aus Schwyz abfliesst. Die Pendlerströme beeinflussen das kantonale BIP negativ. Täglich pendeln um die 30 000 Kantonseinwohner weg, netto sind es immer noch 16 000. Darum ist der Kanton intensiv daran, Verbesserungen zu erreichen, was in den letzten vier oder fünf Jahren dies gelungen sei, sagt Urs Durrer, Leiter des Amtes für Wirtschaft.

Garaventa baut Weltrekordbahn

Die Garaventa-Gruppe hat sich seit einigen Jahren auf einem neuen Markt etabliert: den Stadtbahnen. Dieser Markt entwickelt sich überall dort schnell, wo verstopfte Strassen, Smog und Stau oder kollabierende Verkehrsverbindungen nach neuen Lösungen verlangen. Und überall dort, wo ein weiterer Stassenausbau nicht mehr möglich, der Bau einer U-Bahn finanziell nicht tragbar ist und ein Ausbau des bestehenden Netzes an Grenzen stösst. Die Garaventa-Doppelmayr-Gruppe hat inzwischen bereits 13 solche Bahnen gebaut, die Hälfte davon kuppelbare Gondelbahnen. So in London, Rio, Singapur, Algier, La Paz und Caracas. Eine Pendelbahn ist in Portland/USA realisiert worden, eine Standseilbahn in Istanbul, Cable-Liners in Oakland, Caracas und in Venedig. Am konsequentesten setzt Bolivien auf diese Systeme. In La Paz und El Alto sind seit 2014 drei Seilbahnen mit elf Stationen in Betrieb. Monatlich befördern diese drei Bahnen drei Millionen Passagiere. Nun ist ein Ausbau in Auftrag gegeben worden. Ergänzend werden von der Garaventa-Gruppe bis 2019 sechs weitere Seilbahnen erstellt. Kürzlich hat Garaventa-Doppelmayr den Auftrag erhalten, nach dem gleichen technischen System eine kuppelbare Gondelbahn in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá zu erstellen.

Pläne für 240-Millionen-Projekt liegen auf

In die Erneuerung der Autobahn A4 zwischen Küssnacht und Brunnen investiert der Bund 240 Mio. Franken. Die Hauptinvestitionen gehen in Brückensanierungen, Lärmschutzmassnahmen und einen neuen Wildübergang bei Goldau. Gebaut werden soll zwischen 2016/17 und 2020, vorausgesetzt, das Parlament bewilligt das Geld. Auf der 20 km langen Strecke wird ein neuer, lärmärmer Deckbelag aufgetragen. Am grössten sind die äusserlich sichtbaren Veränderungen zwischen Steinen und Brunnen Nord. Am meisten betroffen ist die Lärmschutzwand Urmiberg. Die 446 m lange Wand wird über eine Länge von 160 Metern um bis zu einem Meter erhöht. Im Gegenzug sind auf der ganzen Strecke keine Investitionen in teure Fenster bei den betroffenen Liegenschaften notwendig.

Mehr Aktienkapital für Luftseilbahn

Die Luftseilbahn Küssnacht - Seebodenalp AG (LKÜS) stockt ihr Aktienkapital auf. Zudem wurde Anfang Juli der Vertrag mit der Garaventa AG für den Bau einer neuen Kompaktbahn unterzeichnet.

Das Aktienkapital wird durch die Herausgabe von 880 Namenaktien à 500 Franken verdoppelt. Das wird jedoch noch nicht reichen. Es werden noch eine oder zwei Kapitalerhöhungen folgen. Die LKÜS AG fuhr 2014 einen erfolgreichen Jahresabschluss ein. Der Betriebsertrag stieg um 14 Prozent. Es resultierte ein Jahresgewinn von 81 000 Franken (Vorjahr: 32 800 Franken).

Jeder Zehnte braucht über eine Stunde zur Arbeit

Wie aus einer Publikation des Bundesamtes für Statistik hervorgeht, waren Ende 2013 fast 70 Prozent der Schwyzer Bevölkerung arbeitstätig, die Mehrheit in «technischen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen», als Akademiker, als Handwerker oder in Dienstleistungsberufen respektive Verkauf. Rund ein Zehntel aller Erwerbstätigen ist selbstständig, vier Prozent arbeiten im Betrieb eines Familienangehörigen und etwa gleich viel sind Lernende in der dualen beruflichen Grundausbildung. Drei Viertel der 85 350 Erwerbstätigen arbeiten Vollzeit (90 bis 100 Prozent), fast jeder Zehnte weniger als 50 Prozent. Neun von zehn Männern, aber nur die Hälfte der Frauen, arbeiten Vollzeit. Sind bei den 15- bis 24-Jährigen noch 85 Prozent Vollzeit arbeitend, werden es mit zunehmendem Alter weniger. Betrachtet man die höchste abgeschlossene Ausbildung, ergibt sich folgendes Bild: Rund ein Viertel ist ohne nachobligatorische Ausbildung, etwa gleich viele haben die Tertiärstufe – höhere Berufsbildung oder Hochschulen – absolviert. Der Rest hat die Sekundarstufe 2 abgeschlossen, also Berufsschule, Fachmittelschule oder Kantonsschule. Bei den Männern hat jeder Dritte die Tertiärstufe besucht, bei den Frauen nur jede Fünfte. Bei den Personen ohne nachobligatorische Ausbildung ist es genau andersrum. 75 774 Personen, also fast 90 Prozent aller Erwerbstätigen, pendeln zur Arbeitsstätte. 62 Prozent tun dies bis zu fünfmal pro Woche, jeder Fünfte sechs- bis zehnmal. Die Mehrheit der Pendler, 61 Prozent, benutzt das Auto, 15 Prozent nehmen die Eisenbahn und ein Achtel geht zu Fuss. Bei rund einem Drittel dauert der Arbeitsweg weniger als 16 Minuten, bei jedem Zehnten mehr als eine Stunde.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Firmen wickeln Behördengänge vermehrt online ab

Gemäss der Studie «Firmen und E-Government» wickeln immer mehr Firmen ihre Behördengänge online ab. Spitzenreiter sind die Sozialversicherungen, wo beispielsweise bei der Unfallversicherung 69% und bei der AHV/IV 68% der Befragten bereits heute Transaktionen über das Internet abwickeln. Gleichzeitig werden das Internetangebot wie auch die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung positiv beurteilt. Für die Studie befragte das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag des SECO 1'023 Unternehmen in der ganzen Schweiz.

Vor rund zehn Jahren gaben noch 5% der Firmenvertreter an, das Internet nie zu nutzen. Laut der jüngsten Studie haben heute 99% Zugriff auf das World-Wide-Web und für 84% der Befragten ist es selbstverständlich, jeden Tag online zu sein. Das Internet wird sowohl geschäftlich als auch für private Zwecke genutzt. Wenn es um den Kontakt mit den Behörden geht, so beurteilen die Firmenvertreter das Internet ebenso wichtig wie der Austausch am Telefon und um ein Vielfaches wichtiger als der persönliche Kontakt.

Der Anteil Personen, die auf das Internet zurückgreifen, um lediglich Informationen über Behördengänge abzurufen, hat sich in den letzten zehn Jahren halbiert. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die Behördengänge direkt online abwickeln wollen, kontinuierlich angestiegen. 83% der Firmenvertreter gaben in der jüngsten Befragung an, dass sie Behördengänge direkt online abwickeln möchten, wovon 30% sowohl Information als auch Online-Abwicklung kombiniert wünschen. Gemäss den Verfassern der Studie würde sich die Etablierung eines Portals nach dem Prinzip

des «One-Stop-Shops» anbieten, um diesen ganzheitlich formulierten Anforderungen gegenüber Behörden gängen gerecht zu werden.

Internetangebot der Verwaltung wird positiv beurteilt

In den vergangenen zehn Jahren wurde das Internetangebot der Verwaltung von Jahr zu Jahr positiver beurteilt. Die aktuelle Befragung zeigt, dass dieser Prozess nun fortgeschritten ist und sich die Zufriedenheit auf hohem Niveau einpendelt. Aktuell erachten 84% der Firmenvertreter das Online-Angebot der öffentlichen Verwaltung insgesamt als eher bis sehr gut. Die besten Werte erzielen die kantonalen Verwaltungen, gefolgt von der Bundesverwaltung sowie den Städten und Gemeinden. Gemäss der Studie dürfte die Zufriedenheit mit der Online-Präsenz mit dazu beitragen, dass auch die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung insgesamt als sehr gross empfunden wird. 81% der Firmenvertreter geben an, die Verwaltung sei eher oder sehr kundenfreundlich.

Sprung in der Online-Abwicklung zentraler Behördengänge

Befragt nach der Wichtigkeit spezifischer Online-Dienstleistungen, beurteilen die Firmenvertreter Angebote wie den Zahlungsverkehr (79%), den eigenen Internetauftritt (73%) sowie den Online-Kontakt mit den Behörden (60%) als zentral. Nur wenige der Befragten erachten auch soziale Medien wie etwa Facebook (11%) als wichtig. Bei der Online-Abwicklung zentraler Behördengänge zeigt sich im Vergleich zu 2013 bei allen Transaktionen ein teilweise markanter Anstieg. Die Befragten geben zum Beispiel an, mit der Unfallversicherung (69%), der AHV/IV (68%) und mit den Pensions-

kassen (57%) bereits heute Transaktionen über das Internet abzuwickeln. Rund ein Drittel gibt an, auch Transaktionen mit der Mehrwertsteuer und dem Handelsregister online zu tätigen. Gemäss der Studie besteht jedoch bei allen Behördengängen noch Potenzial bzw. ein Bedürfnis zu einer verstärkten Abwicklung im Internet.

Steigende Bekanntheit der SuisseID

Seit fünf Jahren werden in dieser Studienserie auch Indikatoren zum elektronischen Identitätsnachweis SuisseID erhoben. Während 2011 ein Drittel der Befragten angab, die SuisseID zu kennen, sind es 2015 bereits 46%. Die steigende Bekanntheit kann jedoch kaum in neue Nutzer umgesetzt werden. Aktuell besitzen 9% der befragten Firmenvertreter selbst eine SuisseID. Bei rund der Hälfte der Befragten kommt die SuisseID im Sinne eines Logins zur Anwendung und etwa ein Drittel der Befragten setzt sie für Signaturen ein. In der Studie konnte eine hohe Zufriedenheit ermittelt werden. 82% der Firmenvertreter, die eine SuisseID besitzen, sind eher bis sehr zufrieden damit. Von all jenen Personen, die heute noch keine SuisseID besitzen, können sich insgesamt 48% vorstellen, eine solche zu nutzen.

Die Studienreihe «Firmen und E-Government» untersucht die Nachfrage der Unternehmen nach Online-Behördendienstleistungen sowie die Zufriedenheit mit dem Online-Angebot. Im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO befragte das Forschungsinstitut gfs.bern im April 2015 rund 1'000 Firmenvertreter aus der ganzen Schweiz.

(SECO)

Freizügigkeit an Höheren Fachschulen stärkt die Berufsbildung

Bisher herrschte im Bereich der Höheren Fachschulen (HF) keine volle Freizügigkeit zwischen den Kantonen. Die Kantone konnten wählen, für welche Bildungsgänge von ausserkantonalen Höheren Fachschulen sie Beitragszahlungen leisten wollten, denn die bisherige Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV) von 1998 funktionierte nach einem «A-la-carte-Prinzip». Beteiligte sich ein Kanton nicht an den Kosten eines ausserkantonalen Bildungsgangs, konnte das im Einzelfall bedeuten, dass eine Studierende oder ein Studierender höhere Studiengebühren übernehmen musste. Das ist mit der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV) nicht mehr der Fall. Demnach können HF-Studierende ab dem Studienjahr 2015/2016 zu den gleichen Bedingungen wie die Studierenden des Standortkantons sämtliche Bildungsgänge besuchen, die Teil der Vereinbarung sind.

Während die Kantone nun die Höheren Fachschulen stärken, plant der Bund, die Absolventen von eidgenössischen Prüfungen direkt und stärker zu unterstützen. Diese abgestimmten Aktivitäten von Bund und Kantonen werten die Höhere Berufsbildung mit ihren zwei unterschiedlichen Bildungsformen (Höheren Fachschulen und eidgenössischen Prüfungen) insgesamt auf.

Mit Blick auf die Mobilitäts- und Spezialisierungserfordernisse des Arbeitsmarktes sowie die national ausgerichtete Berufsbildungspolitik ist die Freizügigkeit von hoher Be-

deutung. Sie vereinfacht es zudem Branchenorganisationen, nationale Bildungsstrategien zu verfolgen und nationale Bildungszentren zu führen.

(Schweizerischer Arbeitgeberverband)

Berufs-WM: Schweiz bleibt beste Nation Europas

An den diesjährigen Berufsweltmeisterschaften schauten für die 40 teilnehmenden Schweizerinnen und Schweizer, die sich in 38 Berufen mit der internationalen Konkurrenz massen, eine Gold-, sieben Silber- und fünf Bronzemedailles sowie 22 Diplome heraus. Damit bleibt die Schweiz die erfolgreichste europäische Nation, auch wenn sie den Platz auf dem Podium der Nationenwertung einbüsst. Letztmals hat es der Schweizer Delegation an Weltmeisterschaften 2001 nicht unter die Top 3 gereicht.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband gratuliert zu den Erfolgen in São Paulo. Aus seiner Sicht ist das Abschneiden auch an der diesjährigen Berufs-WM – mit fast 1200 Teilnehmenden aus 58 Nationen in 50 Disziplinen die grösste je durchgeführte Austragung – erfreulich. Es zeigte sich einmal mehr, dass das Schweizer Berufsbildungssystem international wettbewerbsfähig ist. Da aber auch die Konkurrenz nicht stehenbleibt, ist es umso wichtiger, der Qualität der Berufsbildung weiterhin Sorge zu tragen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich in ihren Berufen an nationalen Wettbewerben, die von den jeweiligen Branchen-/Arbeitgeberorganisationen durchgeführt werden, für die Weltmeisterschaften qualifizieren. Die Stiftung «SwissSkills» koordiniert die Schweizermeisterschaften in den verschiedenen Berufen sowie die Teilnahme der Schweizer Delegationen an internationalen Meisterschaften.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz: Welche Gruppen sind besonders betroffen?

Neue KOF Studie

Die Schweiz hat in den letzten zwanzig Jahren ein regelrechtes «Jobwunder» erlebt und die Arbeitslosenquote liegt im internationalen Vergleich auf tiefem Niveau. Dennoch hat sich auch hierzulande die Arbeitslosenquote erhöht. Ebenso nahm die Quote der Personen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, zu.

Die KOF Studie «Für wen erhöhte sich das Risiko in der Schweiz, arbeitslos zu werden?» geht den Gründen für den Anstieg nach. Dazu analysieren die Autoren mit Hilfe von Personendaten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), für welche Gruppen von Erwerbspersonen das Risiko, arbeitslos oder nicht erwerbstätig zu sein, in den letzten 20 Jahren besonders stark gestiegen ist.

Die Auswertungen deuten darauf hin, dass Personen mit tiefem Bildungsgrad besonders von einer Verschlechterung ihrer Erwerbssituation betroffen waren. Für sie erhöhte sich in der Periode 2008–2013 gegenüber der Periode 1991–1998 sowohl das Risiko, arbeitslos zu sein wie auch das Risiko, nicht erwerbstätig zu sein. Auch für Personen mit einer Matura oder einem Lehrerseminar als höchstem Bildungsabschluss erhöhte sich das Arbeitslosigkeitsrisiko über die Zeit.

Arbeitslosigkeitsrisiko Geschlecht

Reduziert hat sich das Arbeitslosigkeitsrisiko von Frauen im Vergleich zu jenem von «merkmalsgleichen», d.h. in Bezug auf z.B. Alter und Ausbildung vergleichba-

ren Männern. Obwohl Frauen auch heute noch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko aufweisen als vergleichbare Männer, haben sie in den letzten 20 Jahren deutlich aufholen können. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil sich Frauen heutzutage deutlich häufiger aktiv am Arbeitsmarkt beteiligen, als dies noch in den 1990er Jahren der Fall war. Eine Ausnahme bilden gemäss den Auswertungen der Autoren möglicherweise ältere Frauen. Für diese Gruppe könnte die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre im Zuge der 10. AHV-Revision zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko beigetragen haben. Der Grund ist, dass sich die Zahl der Frauen, die eine Stelle suchen, stärker erhöhte als die Zahl der passenden Stellen.

Arbeitslosigkeitsrisiken Alter und Berufsstand

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit nach Alter, sticht vor allem der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ins Auge. Waren 1991–1993 noch weniger als 5% der Jugendlichen arbeitslos, sind es heutzutage rund 7%. Von einem überdurchschnittlichen Anstieg des Arbeitslosigkeitsrisikos waren ältere Arbeitnehmer hingegen nicht betroffen. Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko ist heute noch sehr ähnlich wie in den 1990er-Jahren. Heute wie damals besteht für ältere Arbeitslose ein deutlich erhöhtes Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit.

Schliesslich zeigt die Analyse, dass insbesondere Büroangestellte, Maschinisten und Hilfskräfte einem zunehmenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt sind. Bei den Bü-

roangestellten und Maschinisten spiegelt sich dabei eine Entwicklung wider, die auch in anderen Volkswirtschaften beobachtet werden kann: Mittelbezahlte Jobs, wie es Büroangestellte und Maschinisten sind, gehen zunehmend verloren, während Jobs für sowohl hoch- als auch schlechtbezahlte (insbesondere im Dienstleistungsbereich) Jobs geschaffen werden, wodurch sich die Arbeitsmarktaussichten in diesen Bereichen verbessern.

Bemerkung zur Messung der Arbeitslosenquote

In ihrer Studie stützen sich die Autoren auf die Arbeitslosendaten der SAKE und damit auf dieselbe Grundlage, die der Erwerbslosenstatistik des Bundesamts für Statistik (BFS) zugrunde liegt. Die so gemessene Arbeitslosigkeit entspricht den internationalen Vorgaben. Eine alternative Datenquelle wäre die Zahl der «registrierten» Arbeitslosen, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) monatlich auf Basis von Registererhebungen bei den Arbeitsämtern ausweist. Diese Zahlen berücksichtigen allerdings nur rund jeden zweiten Arbeitslosen in der Schweiz, da sie nur diejenigen Arbeitslosen erfassen, welche sich bei einem regionalen Arbeitsvermittlungsbüro (RAV) registriert haben. Jugendliche sowie Personen, deren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung erloschen ist («Ausgesteuerte»), sind oft nicht oder nicht mehr auf dem RAV registriert. Auch das gesellschaftliche Stigma, sich bei einem RAV zu melden, hat einen Einfluss darauf, ob man in den Zahlen der registrierten Arbeitslosigkeit auftaucht.

Frauen melden sich seltener als arbeitslos

Die Autoren zeigen in einem Exkurs, dass beispielsweise Frauen eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit zu haben scheinen, sich im Falle von Arbeitslosigkeit bei einem RAV zu melden als merkmalsgleiche Männer. Auch Arbeitslose in der französischsprachigen Schweiz haben eine deutlich höhere Neigung als vergleichbare Deutschschweizer, sich bei Arbeitslosigkeit auf dem RAV zu registrieren. Die registrierte Arbeitslosigkeit liefert also ein unvollständiges Bild davon, welche Erwerbspersonen in der Schweiz besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

*(KOF Konjunkturforschungsstelle
ETH Zürich)*

KOF Beschäftigungsindikator

Der KOF Beschäftigungsindikator liegt im Juli zum zweiten Mal in Folge deutlich im negativen Bereich. Es rechnen mehr Unternehmen mit einem Stellenabbau als mit einem Stellenaufbau. Ungünstig sind die Beschäftigungsaussichten vor allem in jenen Branchen, die stark von der Frankenaufwertung betroffen sind.

Der KOF Beschäftigungsindikator, der eine frühe Einschätzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht, liegt im Juli 2015 kaum verändert bei -6.1 Punkten. Bereits im 2. Quartal 2015 hatte der Beschäftigungsindikator deutlich unter null gelegen (-6.9, revidiert von -6.2). Der Wert des Indikators ergibt sich aus den Einschätzungen von Unternehmen, die im Juli von der KOF zu ihrer Beschäftigungssituation befragt wurden. Derzeit ist der Anteil jener Unternehmen, welche die Zahl ihrer Beschäftigten als zu hoch einschätzt, grösser als der Anteil jener, die diese als zu tief beurteilt. Für die nahe Zukunft planen die Unternehmen somit eher einen Stellenabbau als einen Stellenaufbau. Die angespannte Wechselkursituation dürfte die Entwicklung des Schweizer Arbeitsmarktes also auch in den kommenden Monaten negativ beeinflussen und zu einem leichten Stellenabbau in der Schweizer Privatwirtschaft führen.

Ergebnisse nach Branchen

Gemäss den Umfrageergebnissen bleibt die Beschäftigungslage vor allem in jenen Branchen angespannt, die den starken Franken direkt spüren. So ist der Beschäftigungsindikator für das Verarbeitende Gewerbe weiterhin deutlich im negativen Bereich. Nicht besser sieht es im Gastgewerbe sowie im

Gross- und Detailhandel aus. Der Indikator für den Detailhandel ist auf dem tiefsten Stand seit mehr als 10 Jahren. Stützen dürften die gesamtschweizerische Beschäftigungsentwicklung in den nächsten Monaten jene Branchen, die Wechselkursschwankungen weniger ausgesetzt sind und teilweise aufgrund verbilligter Importe von der Aufwertung des Schweizerfrankens profitieren können. Dazu gehören insbesondere der Bausektor und ein grosser Teil des wissensintensiven Dienstleistungsbereichs. Zu Letzterem zählen unter anderem Banken, Versicherungen, Information und Kommunikation sowie das Gesundheitswesen.

Strategien des Bundes: eine Sucht?

Unter den Projekten des Bundes, die im Sommer in die Vernehmlassung geschickt wurden, befindet sich die «Nationale Suchtstrategie 2019-2024», im Rahmen der Agenda «Gesundheit 2020» erarbeitet. Sie soll eine «Verbesserung der Vorbeugung, Früherkennung und der Bekämpfung von Suchterkrankungen erreichen». Diese neue Strategie würde auf die «Nationalen Präventionsprogramme zu Alkohol und Tabak» sowie das «Massnahmenpaket Drogen», welche 2016 auslaufen, folgen. Diese neue Strategie zielt darauf ab, «einen übergreifenden Orientierungs- und Handlungsrahmen zu schaffen, der es dem Bund, den Kantonen und anderen Akteuren ermöglicht, partnerschaftlich Lösungen [...] zu entwickeln und aufeinander abgestimmt umzusetzen.» Die «Nationale Strategie Sucht» wird mit einer «Nationalen Strategie Prävention nichtübertragbarer Krankheiten» vervollständigt.

Im Klartext erzeugt diese Vielfalt solcher Strategien ein gewisses Misstrauen. Diese Dokumente – von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von externen, nicht besonders transparent ausgewählten Organisationen erstellt – scheinen in erster Linie die Interventionen des Staates zu lenken und zu rechtfertigen. Dies erfolgt ausserhalb des üblichen Gesetzgebungsverfahrens.

Das Thema Sucht verdient ebenfalls unsere Aufmerksamkeit. Seit Jahren kann man einen wachsenden «Gesundheitsextremismus» beobachten, der es darauf anlegt, dass man nicht nur in einem medizinischen Sinn gesünder leben soll, sondern auch im Sinne des «Wohlbefindens». Das «Wohlbefinden» ist nicht mehr defi-

niert durch jeden Einzelnen, sondern durch «wissenschaftliche Erkenntnisse», die nur von wenigen Menschen in Zweifel gezogen werden, da diese Erkenntnisse ja mit dem Stempel der Wissenschaft daherkommen. Der Staat schwingt sich dazu auf, den «gesunden Lebensstil» zu verordnen und dabei die Freiheit des Einzelnen unberücksichtigt zu lassen.

Die Nationale Suchtstrategie untermauert diese Befürchtungen. Vorweg scheint die Auswahl der Adressaten dieser Vernehmlassung tendenziös: Gewiss, man findet die grossen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, aber keine einzige Branchenorganisation, die direkt betroffen ist, so z.B. die Produzenten von Alkohol und Tabak. Hingegen sind unter dem Titel «Andere interessierte Kreise» Vereine und Institutionen aus den Bereichen Prävention, Repression oder Forschung aufgeführt und dies mit einer Anzahl von 131! Damit steuert man die Resultate der Vernehmlassung willkürlich in eine bestimmte Richtung.

Was den Inhalt betrifft, beginnt die Strategie mit den beruhigenden Worten, dass sich die «meisten Menschen risikoarm verhalten, ohne sich und andere zu gefährden». Man reibt sich aber verwundert die Augen, wenn dazu angedeutet wird, dass dieser Zustand der staatlichen Prävention zu verdanken ist. Auf diese Weise gelingt die Legitimierung staatlichen Präventionshandelns. Das gesamte Dokument im Umfang von 30 Seiten ist hinsichtlich Struktur und Vermischung von illegalen und legalen Substanzen sowie gesundem und krankhaftem Verhalten enttäuschend.

Wünschenswert wäre eine grössere Anstrengung bei der Unterscheidung von stark süchtig machenden Substanzen – wie Drogen, für welche das Ziel Abstinenz mit stärkerer Vehemenz eingefordert werden müsste – und Substanzen wie Alkohol und Tabak. Es ist daran zu erinnern, dass die Schweiz hervorragende Weine produziert, die selten einhergehen mit Alkoholsucht. Gleichzeitig wird dieser Wirtschaftssektor von Präventionskampagnen stark belastet.

Diese Unklarheit muss bei der Beurteilung der Nationalen Suchtstrategie 2019-2024 berücksichtigt werden. Umso mehr, da diese Strategie mit einem «Aktionsplan» ergänzt werden soll, der die für die Umsetzung wichtigen Angaben detailliert festhält, insbesondere die «Abschätzung des Ressourcenbedarfs und dessen Finanzierung durch die jeweils zuständigen Akteure». Ist darin nicht der Ruf zu neuen Steuern zu sehen, vom Gesetzgeber verabschiedet oder nicht, der zur Verteuerung von gewissen Produkten führt?

(Centre Patronal)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2013	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3	98,4	98,4	98,5	98,6	98,2	98,1	98,1
2014	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3	97,3	97,1	96,5	96,1
2015	95,5	94,2	94,4	92,4	91,6	91,6	91,3					
¹	-2,7	-3,6	-3,4	-5,2	-6,0	-6,0	-6,4					

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2013	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9	99,0	99,0	99,0	99,1	98,8	98,8	98,8
2014	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1	98,1	98,1	97,4	97,2
2015	97,1	96,4	96,5	95,0	94,2	94,2	93,9					

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2013	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0	97,1	97,1	97,5	97,7	96,8	96,6	96,7
2014	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7	95,5	95,2	94,6	93,7
2015	92,1	89,4	89,9	87,1	86,2	86,1	85,8					

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2013	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2	99,3	99,0	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9
2014	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,6
2015	98,2	97,9	98,2	98,1	98,3	98,4	97,8					
¹	-0,5	-0,8	-0,9	-1,1	-1,2	-1,0	-1,3					

		2013 ²	2014 ²	2015						
				Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli
Monatsindex (Dezember 2010 = 100)										
Totalindex		99,1	99	98,2	97,9	98,2	98,1	98,3	98,4	97,8
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	98,5	99,5	99,2	98,5	98,2	98,1	98,6	99,4	98,8
	Alkoholische Getränke und Tabak	103,4	104,4	105,3	104,3	105,3	104,0	104,5	104,1	104,8
	Bekleidung und Schuhe	85,6	84,5	79,9	80,4	85,3	87,3	88,1	87,2	80
	Wohnen und Energie	102,6	103,7	103,0	103,1	103,2	103,0	103,4	103,3	103,2
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	95,4	94,5	92,9	92,7	93,3	93,8	93,1	93,2	91,9
	Gesundheitspflege	99	98,1	97,9	97,9	97,9	97,8	97,8	97,8	97,8
	Verkehr	97,4	96,3	93,7	92,7	92,7	91,6	92,4	93,1	92,2
	Nachrichtenübermittlung	97,1	94,9	95	95	94,9	94,5	94,4	94,4	94,2
	Freizeit und Kultur	94,5	94,6	93,2	92,6	93,1	93	92,7	92,7	92,6
	Erziehung und Unterricht	103,8	105,4	106,3	106,3	106,3	106,3	106,3	106,3	106,3
	Restaurants und Hotels	103	103,7	104,3	104,4	104,5	104	104,1	103,9	103,7
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	101,1	100,3	100,2	99,6	99,9	99,6	99,5	99,4	99,4
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	100,8	101,3	101,6	101,6	101,5	101,5	101,5	101,5	101,4
	Auslandgüter	94,2	93	89	88,2	89,4	89	89,7	89,9	88,1
	Waren	95,5	94,8	92,4	91,7	92,4	92,0	92,6	92,8	91,4
	Dienstleistungen	101,6	102,1	102,3	102,4	102,4	102,4	102,4	102,4	102,3

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

NFA mit zwei Ausprägungen

Er ist seit Monaten in aller Munde – der Nationale Finanzausgleich NFA. Als Schwyzerinnen und Schwyzer müssen uns dabei zwei Ebenen interessieren:

Erstens kann die Bedeutung des grossen Föderalismusprojekts für unser Land nicht hoch genug gewertet werden. Der NFA löste ein – man vergisst das heute allzu schnell – undurchsichtiges und ungerechtes System ab, das sich völlig überlebt hatte. Er garantiert die Finanzautonomie der Kantone, ermöglicht einen massvollen Steuerwettbewerb und verhindert eine von politisch linker Seite immer noch geforderte, aber sicher schädliche materielle Steuerharmonisierung. Doch mit Recht schauen Herr und Frau Schwyzer besorgt auf die Entwicklung des NFA. Innerhalb von acht Jahren hat er sich zum grössten Ausgabenposten unseres Kantons entwickelt. Unsere Ressourcenausgleichszahlungen haben sich seit 2008 von 48 Mio. Franken auf über 180 Mio. Franken gesteigert. Welcher Staatshaushalt in der Grösse von 1400 Mio. Franken kann das einfach wegstecken?

Natürlich hat dieses Wachstum einen Grund: Die Schwyzer Pro-Kopf-Steuerkraft ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen – und vor allem viel mehr als in den meisten anderen Kantonen. Aber auch systemische Fehler bedingen die immer höher werdenden Zahlungen. Hinzu kommt aber eine grundlegende staatspolitische Frage: Wie weit, wie hoch müssen die wenigen Geberkantone die ressourcenschwachen Kantone stützen?

Die vom Parlament – entgegen dem Vorschlag des Bundesrats und der Empfehlung der Geberkantone – abgelehnte moderate Kürzung des künftigen Umverteilungsvolumens ist deshalb eine herbe Enttäuschung. Desillusionierend ist die

Tatsache, dass die Vertreter der Nehmerkantone zusammen mit der Ratslinken hemmungslos und in zahlenmässiger Dominanz in die Taschen der Geber greifen. Denn obwohl weniger Mittel die gesetzliche Zielerreichung ermöglicht hätten, war das Parlament nicht bereit, einer Reduktion zuzustimmen. Das widerspricht Treu und Glauben, es überstrapaziert die Solidarität der Geber, und es ist schlichtweg schlechter Stil, mit allen Ausreden und Beteuerungen und letztlich mit einem oberfaulen Scheinkompromiss die abgemachten und gesetzlich vorgesehenen Steuerungsmechanismen des NFA unter den Tisch fallen zu lassen. Nun wehren sich die gebeutelten Geber – im Wissen um ihre fast hoffnungslose Aussicht auf kurzfristige Linderung. Aber Untätigkeit, Lethargie und gleichgültiges Schulterzucken dürfen keine Optionen sein. Die Überzeugungsarbeit muss im Rahmen der politischen und demokratischen Möglichkeiten konsequent weitergeführt werden.

Und die zweite Ebene? Sie zwingt die Schwyzerinnen und Schwyzer das innenpolitische Problem zu lösen! Die Staatskasse ist unter dem NFA-System zum Sanierungsfall geworden. Getroffene Massnahmen, die an sich schon schwierig genug umzusetzen waren, wurden durch die NFA-Zahlungen und weitere bundesrechtlich verpflichtende, steigende gebundene Ausgaben (z.B. Gesundheitskosten) nachgerade pulverisiert. Austerität, Budgetrestriktion, Entwicklungshemmungen und letztlich gehässige Verteilungskämpfe im Parlament sowie teils polemische Vorwürfe nach allen Seiten in den Leserbriefspalten sind das Resultat. Unausweichliche Spar- und Verzichtsvorschläge der Regierung werden als politisch verantwortungslose Wahnsinnstaten qualifiziert. Betroffenheits- und Klientelpolitik bei konkreten finanziellen Abstrichen flackern bei jeder Gele-

genheit auf. Das gehört dazu, natürlich. Doch auch nüchterne Analysen und leidenschaftslose, sachliche Betrachtungen enthüllen offensichtliche Problemfelder. So zeigt sich bei einem strukturellen Defizit im dreistelligen Millionenbereich, dass wohl auch die Einnahmenseite weiteren Veränderungen unterliegen wird. Denn was an staatlichen Leistungen gefordert wird und in demokratisch zustande gekommenen Gesetzen begründet liegt, muss auch korrekt finanziert werden. Und nachdem ein zunehmend grösserer Teil unserer viel zu verhalten wachsenden und vermeintlich auch zu tief angesetzten Einnahmen auch aufgrund des einschneidenden NFA abgeschöpft und «ausser Landes» geführt wird, bleibt für unsere eigenen Aufgabenerfüllungen schlicht zu wenig übrig. Auch hier wird die Diskussion einsetzen müssen. Weiteres Sparen, konsequente Sparsamkeit, Einigen auf Leistungsverzichte, Korrigieren der Einnahmen durch Berichtigungen unserer steuerlichen Voraussetzungen und die Abstimmung der Ausschöpfung unseres Steuerpotenzials auf die neuen Bedingungen des NFA bleiben vordringlich.

Die Politik hat die heilige Pflicht, diese Herausforderungen weiterhin unbeirrt anzugehen. Denn die Unternehmen im Kanton Schwyz und alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, in einem finanziell soliden, aber auch sparsamen Staatswesen zu leben.

«In allen Dingen herrscht das Geld» – diesen Grundsatz äusserte schon vor über 2000 Jahren der römische Künstler Syrus. Damals wie heute gilt diese Aussage. Für den Kanton Schwyz ist er hingegen nicht neu – er prägte unsere Politik schon immer. Und so wird es wohl bleiben.

*Kaspar Michel, Regierungsrat
Finanzdirektor*

**Diese Ausgabe wird gesponsert von
C. Vanoli Generalunternehmung AG,
Artherstrasse 27, 6405 Immensee,
www.c-vanoli.ch**

Nr.	Datum	Sponsor		
466	17. 12. 2014	Panorama Resort & Spa Feusisberg, Schönfeldstrasse, 8835 Feusisberg	477	17.12.2015 CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz
467	29.01.2015	bpp Ingenieure AG, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz	478	28.01.2016 Mattig-Suter und Partner, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6430 Schwyz
468	26.02.2015	Franz Kempf AG, Gipsergeschäft, Asterweg 4, 6440 Brunnen		
469	26.03.2015	Sparkasse Schwyz AG, Herrengasse 23, 6431 Schwyz		
470	23.04.2015	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6430 Schwyz		
471	28.05.2015	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau		
472	25.06.2015	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz		
473	27.08.2015	C. Vanoli Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee		
474	24.09.2015	Feusi + Partner AG, Architekten Planer, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon		
475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln		
476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau		